

Freie deutsche Übersetzung:

An die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten

## **Internationale Finanztransaktionssteuer auf die Agenda in Pittsburgh**

22. September 2009

Sehr geehrte Staats- und Regierungschefs der G20,

die unterzeichnenden Organisationen der Zivilgesellschaft fordern sie auf, auf dem Gipfel in Pittsburgh die Einführung einer Internationalen Finanztransaktionsteuer auf alle transnationalen Finanztransaktionen, einschließlich des Handels mit Währungen, Aktien und Derivaten anzugehen.

Mit dem Aufkommen dieser Steuer könnten im Norden die Krisenkosten finanziert werden, insbesondere könnten damit die zur Rettung des Finanzsystems aufgehäuften öffentlichen Schulden abgetragen werden. Den Ländern des Südens könnte damit bei ihrer Entwicklung geholfen werden, die durch die Krise abrupt abgebrochen wurde. Wir sind sicher, Sie stimmen zu, dass es für Bürgerinnen und Bürger in Nord und Süd inakzeptabel ist, für die Schäden aufzukommen, die die Finanzindustrie angerichtet hat. Diejenigen, die so gut auf den Finanzmärkten verdient haben, müssen auch für den Schaden aufkommen. Die Steuer wäre eine Maßnahme politischer Fairness und sozialer Gerechtigkeit.

Diese Steuer würde dazu beitragen, die Spekulation einzudämmen, die Hauptursache der Krise. Sie würde die Stabilität auf den Finanzmärkten befördern und die Finanzindustrie daran hindern, so weiter zu machen wie bisher.

Die Einführung einer Steuer auf Aktienzertifikate und Wertpapiere stößt rund um die Erde auf Zustimmung. Seit der Handel elektronisch abläuft, ist sie leicht und ohne hohen Kostenaufwand einzuführen. Die Abführung der Steuer würde automatisch erfolgen und ließe keinem die Chance - nicht einmal in Offshore-Zentren – sie umzugehen. Sie könnte national von allen willigen Ländern eingeführt werden. Allerdings wäre es besser, alle großen Ökonomien würden sie einführen.

Eine solche Maßnahme wurde jüngst vom deutschen Finanzminister Peer Steinbrück und dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier vorgeschlagen. Bereits 14 Tage vor ihnen hat der Chef der britischen Finanzdienstleistungsbehörde die Finanztransaktionsteuer gefordert, um den übermäßigen Profit der Banken einzuschränken. Kürzlich haben die deutsche Bundeskanzlerin Angelika Merkel, der deutsche Finanzminister Steinbrück und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sich öffentlich für diese Steuer eingesetzt. Regierungen in Europa und Südamerika haben Erfahrungen mit solchen Steuern. Und die Parlamente in Frankreich, Österreich,

Belgien, Kanada und Finnland haben sich für eine Devisentransaktionsteuer ausgesprochen. Im Jahr 2005 haben sich im Rahmen der UNO 115 Staaten für eine solche Steuer ausgesprochen.

Ein Jahr nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers ist es jetzt Zeit, grundlegende Reformen des Finanzsystems anzugehen. Die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsteuer könnte der Grundstein sein für den Aufbau einer neuen, nachhaltigen Finanzarchitektur.

Mit freundlichen Grüßen

Europäische NGOs:

WEED (Deutschland), Stamp Out Poverty (Zusammenschluss von britischen Organisationen), Global Responsibility (Österreichische Plattform von 39 NGOs für Entwicklung und Humanitäre Hilfe), CRBM (Italien), 11.11.11 (Belgien), War on Want (UK), Glopolis (Tschechien), ATTAC Schweiz, ATTAC Flandern, ATTAC Dänemark, ATTAC Finnland, ATTAC Deutschland, Terre des Hommes (Deutschland), KOO – Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz (Österreich), Both ENDS (Niederlande), Philippinenbuero e.V. im Asienhaus (Deutschland)

NGOs aus Asien und Afrika:

Advocacy and Monitoring Network on Sustainable Development - AM-Net (Japan), Altermonde (Japan), Association of Citizens for International Solidarity Taxes - ACIST (Japan), Oxfam Japan, RESULTS Japan, Ugoku/Ugokasu (GCAP Japan), Public Services International Asia-Pacific Regional Organisation, Asian Community Center 21 - ACC21 (Japan), ATTAC Togo

Internationale NGOs:

CIDSE, EURODAD, Global Policy Forum, Global Social Justice Initiative, OXFAM International, Tax Justice Network